

Christoph Pfluger

Wie das Geld funktioniert

– oder eben nicht –
und wie wir aus
der Krise kommen



Geld ist nicht das, was wir meinen; und es tut nicht, was wir erwarten. Dieser einfache Satz ist an dieser Stelle vorerst eine Behauptung. Aber am Ende dieses kurzen e-Books werden Sie verstehen, warum er wahr ist. Die meisten Menschen – Banker, Ökonomen und Politiker eingeschlossen – verstehen nicht, was Geld ist. Einige geben es sogar zu, wie etwa Alan Greenspan, von 1987 bis 2006 Präsident der amerikanischen Zentralbank: «Wir haben ein Problem, Geld exakt zu definieren. ... Die gängige Definition von Geld gibt uns nicht die geeigneten Mittel, die Geldversorgung zu kontrollieren», sagte er an einem Kongress-Hearing vom 17. Februar 2000.

Was ist Geld? Es ist Tauschmittel, Wertmassstab und Wertaufbewahrung, sagt die gängige Definition. Aber das sind Beschreibungen, was Geld tut oder tun sollte, und nicht, was es ist. Die Antwort liefert uns seine Entstehung und die ist für viele Menschen immer noch ein Geheimnis. Oder, wie sich der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith ausdrückte: «Der Vorgang, mit dem Banken Geld erzeugen ist so simpel, dass der Verstand ihn kaum fassen kann.»

In der Tat: «Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite vergeben», schreibt die Schweiz. Nationalbank (SNB) auf Seite 19 ihrer Broschüre «Die Nati-

onalbank und das liebe Geld». Wenn ein Kreditnehmer zur Bank geht, leiht ihm die Bank nicht das Geld der Sparer – die behalten es nämlich –, sondern schreibt ihm einfach den gewünschten Betrag ins Konto. Das ist Geld, das es vorher nicht gegeben hat, und damit kann der Kreditnehmer mit einfacher Überweisung seine Rechnungen bezahlen. Das Geld aus dem Nichts funktioniert also wie Geld, für das jemand hart arbeiten musste. Es ist freilich nicht gesetzliches Zahlungsmittel. Das ist nur Geld, das von der SNB herausgegeben wurde, also Bargeld oder ein Guthaben auf dem Konto der SNB. Doch ein solches ist den Nicht-Banken, also den Individuen und Firmen, verwehrt. Gesetzliches Zahlungsmittel können nur Zentralbanken in Umlauf bringen, beispielsweise die Nationalbank, die EZB oder das amerikanische Federal Reserve System (Fed).

Die Banken können allerdings nicht beliebig Geld aus dem Nichts schöpfen, aber fast. Sie brauchen dazu lediglich eine Mindestreserve an gesetzlichem Zahlungsmittel von 2,5 Prozent (im Euroraum 1 Prozent). Je nach Risikostufe des Kredits müssen die Banken noch etwas Eigenkapital vorhalten, nach dem Regelwerk Basel III rund 7 Prozent. Sind die Eigenkapitalvorschriften erfüllt, braucht eine Bank für einen Kredit von einer Million also bloss eine Reserve von 25'000 Franken. Fehlen der Bank die 25'000, kann sie sich diese von der National-

bank leihen, zum Leitzins von 1 Prozent, also für 250 Franken pro Jahr. Mit diesem lächerlichen Betrag kann die Bank den Millionenkredit finanzieren – ein ziemlich attraktives Geschäft. Aber nicht ganz problemlos für die Allgemeinheit. Denn:

Mit jeder Kreditvergabe entsteht ein gleichbleibendes Guthaben, das in Zirkulation geht und eine Forderung, die mit der Zeit wächst.

Der Kreditnehmer muss ja nicht nur den Betrag zurückzahlen, sondern auch den Zins. Die Geldschulden liegen also immer über der Geldmenge und der Abstand wächst ständig. Das ist u.a. der Grund, warum ausser ein paar kleinen Steuerparadiesen sämtliche Staaten der Erde hoch verschuldet sind.

Die Geldschulden liegen immer über der Geldmenge und der Abstand wächst ständig. Das ist der Grund, warum ausser ein paar kleinen Steuerparadiesen sämtliche Staaten der Erde hoch verschuldet sind.

Die Asymmetrie der Geldschöpfung ist für eine ganze Reihe von Problemen verantwortlich, mit denen die Finanzbranche, die Politik, die Unternehmen,

aber auch wir Individuen zu kämpfen haben – mit äußerst bescheidenem Erfolg, wie wir seit Ausbruch der Finanzkrise wissen. Einige, durchaus ernst zu nehmende Ökonomen sind sogar der Ansicht, die heutigen Lösungen verschlimmerten nur die Probleme. Die Regeln in diesem Krisenmanagement werden von den Banken, Zentralbanken, Hedgefonds und Rating-Agenturen diktiert. Die Finanzbranche kommt einem vor wie ein schwerer Laster, der sich in unwegsamem Gelände verfahren hat und mit Blick auf Tacho und Öldruck eine sichere Strasse in die Zukunft zu finden versucht und bei all dem die Zuladung ständig erhöht. Da hilft nur noch beten – oder ein bisschen nachdenken. Und das wollen wir hier tun.

Bevor wir die einzelnen Problemfelder beackern, nochmals eine kurze Zusammenfassung des bisherigen Standes der Erkenntnis: Die Banken schöpfen durch Kreditvergabe Geld aus dem Nichts. Dabei entsteht ein gleich bleibendes Guthaben und eine Forderung, die mit Zins und Zinseszins wächst. Die Folge ist eine wachsende Lücke zwischen Geldmenge und Schulden. Das Geld der Banken ist in sei-

Ist eine Schuld, die nicht getilgt werden kann, noch eine Schuld oder nicht schon etwas undefinierbares, eine Art ökonomische Erbsünde?

ner Natur eine wachsende Schuld, die in ihrer Gesamtheit nie bezahlt werden kann. Nur: Ist eine Schuld, die nicht getilgt werden kann, noch eine Schuld oder nicht schon etwas Undefinierbares, eine Art ökonomische Erbsünde?

Kein Gesetz erklärt, was Geld ist

An der Schnittstelle zwischen Jurisprudenz und Bankwesen, wo die Klarheit der Sprache ihren höchsten Stand erreichen und die Verhältnisse eindeutig benennen müsste, ist Geld erstaunlicherweise ein unscharfer Begriff. Was Geld ist, wird auf keiner der rund 65'000 Seiten bundesrechtlicher Erlasse der Schweiz definiert, obwohl es in fast allen der

knapp 5000 Gesetze und Verordnungen eine wichtige, manchmal die entscheidende Rolle spielt. Recht hat fast immer auch mit Geld zu tun. Aber welches Recht Geld darstellt, das weiss der Gesetzgeber nicht. Immerhin beantwortet er in Art. 2 des Bundesgesetzes über die Wäh-



rung und die Zahlungsmittel (WZG) von 1999 die Frage, womit man sich von einer Geldschuld befreien kann:

«Als gesetzliche Zahlungsmittel gelten:

- a. die vom Bund ausgegebenen Münzen;
- b. die von der Schweizerischen Nationalbank ausgegebenen Banknoten;
- c. auf Franken lautende Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank.»

Zwei Dinge fallen auf:

- Ein Guthaben bei einer Bank ist offenbar nicht gesetzliches Zahlungsmittel, obwohl man damit bezahlen kann.
- Es gibt unbares gesetzliches Zahlungsmittel, aber nur für Inhaber eines Kontos bei der Nationalbank. Ein solches ist natürlichen Personen und Firmen im Gegensatz zu den Banken allerdings verwehrt.

Der Bundesrat ist sich bewusst, dass unser «Geld» auf den Bankkonten kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, sondern bloss eine Forderung, auf Verlangen gesetzliches Zahlungsmittel (also Bargeld) auszuzahlen. Das können die Banken aber nur im Ausnahmefall, denn die Mindestreserve liegt ja bloss bei 2,5 Prozent und das (mehrheitlich illiquide) Eigenkapitalpolster bei nochmals ein paar Prozenten. Von hundert Besitzern eines Bankkontos können zwei bis drei sofort ihre Forderungen tatsächlich einlösen, nach einiger Wartezeit bestenfalls zehn. Das Geld der Banken ist also ein

ziemlich leeres Versprechen – Einlagensicherung hin oder her. Sie deckt knapp fünf Prozent der versicherten Einlagen. Die Pleite einer mittleren Kantonalbank oder eines vergleichbaren Instituts, und das Sicherheitsnetz besteht nur noch aus einem einzigen Loch.

Trotz des ökonomisch unhaltbaren Versprechens der Banken, wird ihr «Geld» auch von den staatlichen Stellen wie gesetzliches Zahlungsmittel behandelt. Aber nicht nur das: Sie geben dem Surrogat der Banken sogar den Vorzug gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel, zu dessen Annahme sie eigentlich jederzeit verpflichtet wären. Versuchen Sie einmal, Ihre Steuern mit gesetzlichem Zahlungsmittel zu bezahlen! Sie werden hartnäckig sein und viel Überredungskunst anwenden müssen.

Wie es um die Rechtssicherheit in Geldsachen bestellt ist, zeigen auch die weltweiten Bemühungen, die Verwendung von Bargeld einzuschränken und das private elektronische Bankengeld zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben. Wenn es gar gelingen sollte, das Bargeld bis 2018 abzuschaffen, käme dies einer eigentlichen Machtergreifung gleich.

Haarspaltereien, werden manche denken: Geld ist Geld. Aber das stimmt nur, wenn die Wirtschaft wächst, die Stabilität der Banken über jedem Zweifel steht und nur

wenige Kunden ihr Substitut gegen echtes Geld tauschen wollen. Sobald die Bonität der Banken schwankt, zeigen unsere Bankguthaben ihr wahres Gesicht, das eines Kredits. Um ihn zu retten, muss der Staat, d.h. das Kollektiv der Steuerzahler das unsichere Privatgeld der Banken mit echtem Geld der Nationalbank unterfüttern. Wieviel das kostet, ahnen wir seit der UBS-Krise. Aber das war in einer Zeit, als Krisen noch Dutzende von Milliarden kosteten. Jetzt sind es Hunderte. Und es ist nicht mehr unser kollektives Steuergeld, das auf dem Spiel steht, sondern auch unser privates und das der ganzen Weltwirtschaft.

Die fehlende Rechtsnatur des Geldes bereitet den Weg für die Enteignung. Die Negativzinsen, wie sie die Nationalbank bereits anwendet und in anderen Währungsräumen in Teilbereichen erprobt wird, sind dabei noch eine relativ harmlose, auf längere Sicht aber einschneidende Form. Insbesondere die Rentenversprechen sind gefährdet. Damit Negativzinsen auf breiter Front eingeführt werden können – und sie sind zur Entschuldung dringend notwendig, muss zuerst das Bargeld abgeschafft werden. Denn wer sein schrumpfendes Bankguthaben als Bargeld vor der Entwertung retten kann, wird es auch tun. Das ist der tiefere Grund, warum seit kurzem immer wieder darauf hingewiesen wird, Bargeld diene der Kriminalität und Steuerhinterziehung, sei unpraktisch und überdies mit Keimen behaftet. Doch das ist eher

Vorwand als Begründung. Vor allem ist die Bargeldabschaffung Vorstufe und Voraussetzung für die viel gravierendere Enteignung, die vom Int. Währungsfonds und selbst der konservativen Deutschen Bundesbank offen befürwortet wird: die sogenannte Vermögensabgabe. Mit einer zehnpromzentigen Reduktion der Bankguthaben kämen in der Eurozone 3853 Mrd. zusammen; die Schuldenquote der Staaten würde auf 55 Prozent sinken, knapp unter die Grenze von 60 Prozent, die der Vertrag von Maastricht für das Funktionieren des Euro bestimmte. Aber selbst eine solch einschneidende Massnahme wäre nur eine vorläufige «Lösung». Denn in unserem System wachsen die Schulden ständig schneller als die Geldmenge.

Darum ist die Rechtssicherheit beim Geld so wichtig: Wenn wir etwas leisten, erhalten wir dafür ein Recht auf Gegenleistung in Form von Geld, das wir bei Bedarf oder passender Gelegenheit wieder in eine entsprechende realwirtschaftliche Gegenleistung tauschen können (sollten). Wenn sich die Geldmenge in der Zwischenzeit ohne parallele Steigerung der Wirtschaftsleistung erhöht, dann vermindert sich unser rechtmässiger Anspruch. Die autonome Geldschöpfung durch die privaten Banken greift damit tief in die Eigentumsrechte ein und gefährdet, was die Banken zu verteidigen vorgeben: die liberale Gesellschaftsordnung.

Um die Entzauberung hinauszuschieben, hat die Ökonomie ein Allerweltsheilmittel: Wachstum. Aber es macht uns krank, wie wir gleich sehen werden.

Wachstumszwang

Weil die Banken, die rund 90 Prozent des Geldes schöpfen, ständig mehr verlangen als sie geben, ist nie genug Geld zur Bezahlung der Schulden da, selbst wenn

alle Matratzen gewendet und sämtliche Konten ge-

räumt würden. Sie müssen deshalb ständig neues Geld in Umlauf bringen – über Kredite an Staaten, Firmen und Private. Sie haben gar keine andere Wahl. Täten sie es nicht, gingen die Kreditnehmer pleite und das Spiel wäre aus, bevor es richtig begonnen hat. Es ist im Grund ein Kettenbrief: Das Spiel wird verlängert, indem das uneinlösbare Versprechen vergrößert wird. Solange die Teilnehmer daran glauben, gibt es immer ein paar Gewinner. Am Schluss aber verliert die grosse Mehrheit.

Zurück zum Zwang, immer neue Kredite zu verleihen:

Wenn sie in die Produktion von Gütern und Dienstleis-



tungen fließen, ist dies ein halbes Problem. Es werden zwar nach wie vor mehr Schulden als Geldmittel geschaffen, aber immerhin entstehen reale Werte.

Ein ganzes, um nicht zu sagen ein doppeltes Problem haben wir, wenn die realen Bedürfnisse zurückgehen, befriedigt sind oder wenn die Natur nicht mehr mitspielt. Denn ewiges Wachstum ist auf einer endlichen Erde einfach nicht möglich. Und ohne reale Bedürfnisse oder ohne Möglichkeit, aus den Ressourcen der Erde einen Profit zu erzielen, wird das Kreditgeschäft schwierig. Keine Bank wird Geld für eine Fabrik leihen, die Dinge herstellt, die niemand kaufen will oder kann. Und trotzdem: Die Banken müssen Kredite vergeben, um den Kettenbrief am Laufen zu halten. Zwei Entwicklungen machen dies möglich: Erstens produziert die Wirtschaft immer mehr Dinge, die wir nicht wirklich brauchen: heizbare Lenkräder, kurzlebige Gadgets, unwirksame Therapien oder – sehr profitabel – Waffen. Aber selbst wenn die Werbung uns zu perfekten, gedankenlosen Konsumenten macht, wird die Produktion von Unsinn früher oder später nicht mehr genügend Kreditbedarf erzeugen, um die Geldmaschine am Laufen zu halten. Dann beginnt die zweite Möglichkeit zu greifen: Kredite, die gar nicht mehr in die Realwirtschaft fließen, sondern von der Finanzwirtschaft für spekulative Zwecke, Umschuldungen und dergleichen verwendet werden.

Rund drei Viertel des neuen Geldes – bei einigen Banken sind es über 90 Prozent – fließen direkt in Staatsanleihen, Aktien, Derivate und andere Anlagewerte wie Immobilien. Das zusätzliche Geld in diesen Märkten lässt die Preise steigen, die Investoren fühlen sich reicher; aber geändert haben sich vor allem die Preisschilder. Das ist Wachstum ohne Wachstum.

Dem «Wachstum» der Finanzbranche steht allerdings eine Schrumpfung der Realwirtschaft gegenüber. Sie kann mit den Profitraten in der virtuellen Wirtschaft nicht mithalten. Lohndruck, Qualitätsminderung, Auslagerung in Billiglohnländer und noch perfektere Ausbeutung der Ressourcen sind die Folge.

Die Finanzbranche ist nicht ganz blind für die Gefahren dieser Entwicklung. Mittlerweile haben 50 Prozent der weltweiten Firmenschulden offiziell Schrottwert (Standard&Poor's Global Fixed Income). Sie verfügen über ein Rating von höchstens B (=«junk»); das sind im optimalen Fall hochspekulative Anlagen, bei Verschlechterung der Lage sind Ausfälle wahrscheinlich. 1992 lag der Anteil gemäss Erhebungen der Rating-Agentur Standard&Poor's noch bei 25 Prozent. Heute hat die Hälfte der Firmenschulden also nur dann eine Chance auf Rückzahlung, wenn die Wirtschaft weiter wächst, und das versucht sie seit bald zehn Jahren – bestenfalls mit virtuellem Erfolg. Darum sind Politiker, Ökonomen und Ban-

ker so besorgt, wenn das Wachstum einmal nur bei einem Prozent liegt. Unsereins kann froh sein, am Ende des Jahres ein Prozent mehr Lohn zu erhalten. Denn im Durchschnitt sinken die Löhne in Euroland seit rund zehn Jahren, in den USA sogar seit Beginn der 1980er Jahre.

Bevor wir uns dem nächsten Problemfeld zuwenden, eine kurze Zusammenfassung: Die wachsende Lücke zwischen Schulden und Geldmitteln zwingt das Bankensystem zu kontinuierlichem Kreditwachstum. Da dies in der realen Welt nicht durchzuhalten ist, fließt ein immer grösserer Anteil der neuen Gelder direkt in die Finanzwirtschaft – zum Nachteil der Realwirtschaft, die mit den Profitraten der spekulativen Geschäfte nicht mithalten kann. Den wachsenden Geldmengen stehen also relativ gesehen schrumpfende Realwerte gegenüber. Was ist unser Geld eigentlich noch wert, wenn die Schulden, aus denen es besteht, nicht bezahlt werden können und die Werte zu ihrer Deckung sich immer mehr in den virtuellen Raum verlagern?

Inflation – was mehr wird, verschwindet

Selbst in einer Wirtschaftswelt, in der neues Geld in die Realwirtschaft fließt, muss mehr Geld geschöpft werden, als reale Werte entstehen. Denn neues Geld ist immer Kredit, und das Geld für den Zins fehlt im System. Inflation ist deshalb die unvermeidbare Folge der privaten Geldschöpfung aus dem Nichts.

Früher bremste die erforderliche Teildeckung in Gold die

Geldschöpfung. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs wurde sie schrittweise aufgehoben und 1971 von US-Präsident Nixon definitiv abgeschafft, mit erheblichen Folgen.

Die inflationäre Entwertung des Geldes erreicht in der langen Frist enorme Dimensionen: Zwischen 1800 und 1900 gewann das britische Pfund, die ehemals harte Währung, mit der die verregnete Insel in der Nordsee die Welt eroberte, 13 Prozent an Kaufkraft. Was im Jahr 1800 hundert Pfund kostete, konnte man hundert Jahre später für 87 erstehen. Im Jahre 2000 musste man dafür



7200 Pfund bezahlen. Dem Dollar erging es nicht viel besser: Was 1913 100 Dollar kostete, war im Jahr 2000 1740 Dollar teuer, eine Inflationsrate von 1640 Prozent. Beim Schweizer Franken lag sie zwischen 1915 und 2000 bei 750 Prozent und bei der D-Mark, der ehemals härtesten Währung der Welt, zwischen 1948 und 2000 bei immerhin 200 Prozent, auch nicht gerade weltmeisterlich. Die Inflation gehört also zu den Fiat-Währungen (von lat. *fiat* = es werde) wie die Wellen zum Meer.

Aber die offiziellen Zahlen liegen unter den effektiven Werten, weil die Indizes der Konsumentenpreise nach unten frisiert werden, u.a. mit der «hedonischen» Methode (von griech. *hedone* = Lust). Dabei werden Produkte, die besser werden, aber gleichviel kosten, zu tieferen Preisen in die Berechnung aufgenommen. Die gegenläufige Entwicklung – schlechtere Produkte, z.B. solche, die man selber zusammenbauen muss – findet im offiziellen Index allerdings keinen Niederschlag. Eine weitere Methode der legalen Manipulation des Preisindex ist etwas fieser und hat auch keinen Namen. Wenn die Butter teurer wird und sich der Konsum auf die billigere Margarine verlagert, erhält die Margarine einen höheren Stellenwert im Warenkorb und der Index kann sinken, selbst wenn sowohl Butter als auch Margarine teurer geworden sind. Der grösste Mangel der offiziellen Indizes ist aber der Umstand, dass Anlagegüter (etwa Immobili-

en) nicht darin enthalten sind. Dort, im Schatten der offiziellen Zahlen, haben die grossen Preissteigerungen stattgefunden.

Es stimmt auch nicht, dass die Inflation – wörtlich die «Aufblähung» der Geldmenge – vor allem die Besitzer von Geldvermögen schädigt, die immer weniger Realwert für ihr Guthaben erhalten. Entscheidend ist, wer das neue Geld zuerst erhält. Denn die Erstempfänger können sich noch zu den alten Preisen bedienen. Bis die Preise und Löhne steigen, lässt sich leichtes Geld verdienen. Man kauft sich einen Vermögenswert zum alten Preis und verkauft ihn eine gewisse Zeit später mit Gewinn. Um aktiv von der Inflation profitieren zu können, muss man zwei Bedingungen erfüllen: Man muss über flexibles Kapital in ausreichender Menge verfügen oder kreditwürdig sein, um für das neue Geld überhaupt in Frage zu kommen, das ja als Kredit in die Welt kommt.

Diese Bedingungen können die allermeisten Menschen in den Industrieländern gar nicht erfüllen. Einerseits sind viele nicht kreditwürdig und erhalten bestenfalls Konsumkredite mit hoher Verzinsung. Andererseits besteht ihr Sparkapital zur Hauptsache aus gebundener Altersvorsorge (in der Schweiz zu 64 Prozent), über das sie gar nicht verfügen können.

Heute ist die Inflation offiziell kein Problem

mehr, aber nur, weil wir den Begriff nicht verstehen, sondern mit Preissteigerung gleichsetzen. Weil einzelne Märkte die Sättigungsgrenze erreichen, die Masse der Konsumenten immer weniger Geld ausgeben kann und viele Firmen auf Teufel komm raus verkaufen müssen, haben einige Preise tatsächlich sinkende Tendenz. Aber das wäre in einer Wirtschaft, in der wir uns alle Mühe geben, es ständig ein bisschen besser zu machen, eigentlich normal. Um die Inflation auf den «Sollwert» von zwei Prozent zu bringen, erleben wir seit einigen Jahren eine beispiellose Geldvermehrung. Aber die Deflationsbekämpfung ist nur der Vorwand, nicht der Grund für die Geldschwemme. Denn wenn die Schulden ständig steigen, müssen die Zinsen sinken und die Geldmengen wachsen, sonst geraten die Bilanzen der hochverschuldeten Staaten und Firmen aus dem Gleichgewicht. Das Mittel dazu sind sinkende Zinsen, wenn nötig auch unter Null.

Waren vor Ausbruch der Finanzkrise die Banken die Hauptakteure im Spiel der Geldvermehrung – bis sie ohne Rettung daran zugrunde gegangen wären – sind es heute die Zentralbanken, die unter dem Begriff «quantitative easing» (quantitative Erleichterung) den Banken riesige Mengen von Reserven zum Nulltarif zur Verfügung stellen. Die EZB gewährt den Banken einerseits riesige Kredite, praktisch zum Nullzins und kauft ihnen and-

rerseits Staatsanleihen und Firmenanleihen mit neu geschöpftem Geld ab. Die Folge: Anstatt dass die Geldhäuser ihren schlechten Papiere abschreiben müssen, werden sie in einer gigantischen Blase aus Luftgeld in die Höhe getrieben. Das neue Geld fließt praktisch zur Gänze in die Finanzwirtschaft. Es macht nicht nur die Reichen reicher, sondern staut sich auch in Papierwerten, die irgendeinmal in reale Werte getauscht werden müssen. Sobald die Anleger merken, dass dies schwierig sein wird, wird ein inflationärer Tsunami die Welt überrollen und unsere Altersguthaben vernichten.

Zwischenstand: Wir wissen, dass die Banken Geld aus dem Nichts schöpfen und dass dadurch die Schulden immer schneller wachsen als die Geldmittel zu ihrer Bezahlung. Die Folge ist ein Wachstumszwang, der sich kontinuierlich in die Finanzbranche verlagert und die Realwirtschaft benachteiligt, wo die Werte geschaffen werden, von denen wir leben. Diese Form der Geldschöpfung hat eine Inflation zur Folge, welche die Erstbezügler des neuen Geldes – die Kreditwürdigen! – bevorzugt. Weil die Lücke zwischen Geldmenge und Geldschulden mit exponentieller Dynamik wächst, muss auch die Geldschöpfung ständig beschleunigt werden, was die Sparguthaben schrumpfen, die Kreditwürdigen reicher – und die Lücke noch grösser werden lässt.

Die wichtigste Ursache von Kriegen, das zeigt die Geschichtsforschung, sind übergrosse Unterschiede zwischen reich und arm. Hier spielt unser Geldsystem eine entscheidende, wenn auch bestens versteckte Rolle, wie wir gleich sehen werden.

Der grosse Umverteiler

Die meisten betrachten den Zins als eine universell profitable Einrichtung, besonders am Jahresende, wenn wir mehr oder weniger bescheidene Kapitaleinkünfte verbuchen dürfen.

Doch weit gefehlt: Das ist nur der Moment, wo wir die Zinseinnahmen feststellen. Die Zinsausgaben dagegen nehmen wir höchstens wahr, wenn wir selber

Schuldner sind und eine Zinsrechnung erhalten.

Aber das ist nur der kleinste Teil der Zinsen, die wir bezahlen.



Das Geld kommt als Kredit auf die Welt; der Zins lebt in ihm fort und wird bezahlt, wann immer wir Geld verwenden.

Denn das Geld kommt als Kredit auf die Welt; der Zins lebt in ihm fort und wird bezahlt, wann immer wir Geld verwenden. Er ist gewissermassen die Steuer dafür, dass es das Geld der Banken überhaupt gibt; er versteckt sich in den Preisen der Güter, die wir kaufen und den Dienstleistungen, die wir beziehen. Bei der Müllabfuhr sind es 18, beim Trinkwasser 38 und bei den Mieten im sozialen Wohnungsbau sind es 77 Prozent. Im Durchschnitt sind es 30 bis 35 Prozent, Tendenz steigend. Dieser Wert deckt sich in etwa mit den Berechnungen des französischen Ökonomen Thomas Piketty, der die langfristigen Kapitaleinkommen auf 25 bis 32 Prozent des Bruttonationalprodukts veranschlagt.

Um die Frage zu beantworten, ob der Zins für uns profitabel ist oder nicht, müssen wir nur die Zinskosten im Umfang von einem Drittel unserer Haushaltsauslagen von den Zinseinnahmen abziehen, die wir Ende Jahr verbuchen. Rechenbeispiel: Wenn Sie 60'000 ausgeben und ein Vermögen von 200'000 besitzen, für das Sie 2 Prozent erhalten, bezahlen Sie 20'000 versteckten und beziehen 4'000 offenen Zins. Saldo: minus 16'000. Die nächste Frage lautet: Ab welchem Vermögen ist der Saldo positiv? Nur die reichsten rund zwölf Prozent der Bevölkerung mit einem Vermögen von mindestens zwei Millionen Franken verzeichnen einen positiven Zinssaldo, alle anderen zahlen mehr Zins als sie einnehmen.

Unser Geldsystem wirkt somit als ein ständiger

Umverteiler von den weniger Bemittelten zu den Reichen bzw. von den Arbeitenden zu den Besitzenden.

Das ist neben der Tatsache, dass Reiche viel weniger Steuern zahlen, der Hauptgrund für die wachsende Schere zwischen arm und reich. Thomas Piketty ist aufgrund der Auswertung von Daten seit rund 1800 denn auch zum Schluss gekommen, dass die Kapitalrendite konstant ein bis drei Prozentpunkte über dem Wirtschaftswachstum liegt. Die Vermögen steigen also im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt, aus dem sie ihre Rendite erzielen, stetig an. Das ist ein Problem, selbst bei wertfreier Betrachtung dieser Umverteilung. Je grösser nämlich die Vermögen sind, desto mehr Druck müssen sie zur Erzielung einer Rendite ausüben; und die ist für die Werterhaltung des Kreditgeldes essentiell. Ohne Rendite reisst die Kreditkette und das Kartenhaus fällt. Wird auf der anderen Seite der Druck auf die Löh-

ne zu gross, sinkt die Kaufkraft, die Wirtschaftsleistung sinkt und die Kreditkette reisst ebenfalls. Das ist eine Sackgasse ohne Notausgang, und wir nähern uns unaufhaltsam ihrem Ende.

Das ist eine Sackgasse ohne Notausgang, und wir nähern uns unaufhaltsam ihrem Ende.

Wie gross die Unterschiede zwischen reich und arm sein können, ohne zu Gewalt zu führen, ist eine offene Frage. Vor dem ersten Weltkrieg lagen die Vermögen in Europa beim Sechsfachen des Bruttosozialprodukts, aus dem sie ihre Profite erwirtschaften mussten. Die beiden Weltkriege haben die Unterschiede dann nivelliert. Aber heute sind die Unterschiede wieder so gross wie vor dem Ersten Weltkrieg, beileibe kein Grund für Optimismus, vor allem, weil die Rechtslage beim Geld so verworren ist, wie sie nur sein kann. Nicht das Recht wird in diesem Konflikt entscheiden, sondern die Macht. Das ist der Krieg zwischen arm und reich, von dem Warren Buffet, der drittreichste Mensch der Erde sagt, seine Klasse würde ihn gewinnen.

Fazit und Ausblick

Unser Geld besteht also grösstenteils aus Schulden, die gar nie bezahlt werden können. Aber was sind Schulden, die nicht bezahlt werden können?

Ewige Schulden, auf die ewig Zins bezahlt werden muss? Die Bankenwelt negiert das unlösbare Problem, indem sie diese Schulden kurzerhand zu Geld erklärt. Aber was ist ein Geld wert, das aus unbezahlbaren Schulden besteht? Auf diese Frage gibt es keine Antwort. Aber eine Lösung.

Alle Reformen in Diskussion wirken nicht oder nicht lange, wenn die privaten Banken weiterhin das Privileg der Geldschöpfung aus dem Nichts gegen Zins geniessen.



Was ist ein Geld wert, das aus unbezahlbaren Schulden besteht? Auf diese Frage gibt es keine Antwort. Aber eine Lösung.

Es ist nie rechtmässig zustande gekommen und gehört abgeschafft.

Geldschöpfung aus dem Nichts ist unter gewissen Bedingungen durchaus möglich: Wenn die Wirtschaft wächst, kann die Zentralbank als staatliches Organ die entsprechende Geldmenge in Umlauf bringen, ohne das System in Schieflage zu bringen. Wenn die Wertschöpfung z.B. um zwei Prozent zunimmt, kann auch die Geldmenge entsprechend wachsen. In der Schweiz wären das rund 12 Milliarden Franken. Die öffentliche Hand kann das neue Geld ausgeben, man kann es sogar den Bürgern geben – das Gleichgewicht zwischen der Menge des Geldes und dem, was man damit an Waren und Dienstleistungen kaufen kann, bleibt erhalten.

Dies ist denn auch der Kern der sogenannten Vollgeld-Reform, über die das Schweizer Volk in den nächsten drei Jahren abstimmen kann. Die Vollgeld-Initiative sieht vor, dass nur noch die Nationalbank Geld schöpfen kann und die Banken nur noch Kredite mit Geld vergeben können, das sie tatsächlich haben. Die Reformidee ist nicht neu. Sie wurde in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts von führenden amerikanischen Ökonomen als «100-percent-money» als Antwort auf die Exzesse der 1920er Jahre und der folgenden Weltwirtschaftskrise entwickelt. Drei Viertel der Ökonomie-Professoren der USA waren für die Reform. Aber die Bankenlobby setzte sich durch. Beim 100-percent-money wäre neues Geld immer noch

durch die Kreditvergabe der Banken in Umlauf gekommen; aber diese hätten sich das Geld erst bei der Zentralbank als Kredit beschaffen müssen.

Die Vollgeld-Reform, wie sie in den 1990er Jahren von den Ökonomen Joseph Huber aus Deutschland und James Robertson aus Grossbritannien entworfen wurde, geht noch einen Schritt weiter. Sie versteht die Geldschöpfung als Akt des Souveräns, was es vor der Einführung des privaten Bankengeldes immer gewesen war. Nur ist heute der Souverän nicht mehr ein Fürst, sondern wir alle als staatlich organisierte Gemeinschaft. Das ist nicht bloss eine normative Forderung, sondern ökonomische Realität. Wir alle sind Geldschöpfer, indem wir Leistungen erbringen und damit ein Recht auf Gegenleistung schaffen, das sich in Form von Geld manifestiert. Der Nutzen aus dem Wirtschaftswachstum soll deshalb auch dem Kollektiv zugute kommen. Das bedeutet im übrigen nicht, dass die Unternehmensgewinne abgeschöpft werden. Geldschöpfung in öffentlicher Hand bedeutet bloss, dass die Mehrleistung einer Volkswirtschaft allen Beteiligten zugute kommt.

Das sind einfache, sehr plausible Überlegungen, aber mit grosser Wirkung: Mit der Vollgeld-Reform verwandeln sich unsere Bankguthaben von einem Kredit an die Bank in echtes Geld, das von der Nationalbank garantiert und von der Wertschöpfung der gesamten

Volkswirtschaft gestützt wird. Unser Bankengeld ist nicht mehr Teil der Bilanz der Banken und von ihrer Bonität abhängig, sondern so pleitesicher wie Bargeld.

Auf der anderen Seite verwandeln sich die Schulden der Banken an uns, nämlich unsere Guthaben auf ihren Konten, in Schulden der Banken an die Nationalbank. Wenn also Bankkredite zurückbezahlt werden, fliesst ein wesentlicher Teil davon als Tilgung an die Nationalbank. Mit diesem Geld könnte sich der Staat im Verlauf von zwei bis drei Jahrzehnten komplett entschulden. Eine solche Entschuldung durch die Vollgeld-Reform wäre neben der Schweiz noch in einigen anderen Ländern möglich, allerdings nicht in allen. Das Geldproblem ist zu gross für eine einzige Lösung. Aber ohne Vollgeld-Reform taugen alle anderen nichts.

Mehr über die Vollgeld-Initiative:

www.vollgeld-initiative.ch

Buchtipps:

Joseph Huber: Monetäre Modernisierung. Die Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative. 5. durchges. Auflage. Metropolis Verlag, 2016. 258 S. € 26.80.



<http://www.metropolis-verlag.de/Monetaere-Modernisierung/1198/book.do>

Thomas Mayer und Roman Huber: Vollgeld. Das Geldsystem der Zukunft – unser Weg aus der Finanzkrise. Tectum Verlag, 2014. 320 S. Fr. 21.20/€ 18.95. www.vollgeld.info



Das vorliegende e-book ist eine kurze Zusammenfassung des Buches «**Das nächste Geld – die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden**». edition Zeitpunkt. 2., rev. Aufl. 2016. 252 S. Fr. 23.–/€ 21.–



<http://edition.zeitpunkt.ch/buch/das-naechste-geld>

In diesem Buch beschreibt der Autor in scharfer, eleganter Sprache die verhängnisvollen Wirkungen unseres privaten Schuldgeld-Systems. Neben den Faktoren in diesem e-book sind dies u.a. die wiederkehrende Blasenbildung, die Benachteiligung der Nachhaltigkeit, die Verschärfung des Wettbewerbs bis hin zur Frühförderung oder die systemische Blindheit für Krisen. Klug sind die Ökonomen immer erst hinterher. Das Buch zeigt in seinem zweiten Teil, wie sich die Machtverhältnisse in der Geschichte als Folge des Geldsystems entwickelt haben. Es ist kein Zufall, dass viele monetäre Innovationen der Finanzierung von Kriegen dienten, die ersten Münzen im 8. Jh.v.Chr., die ersten Staatsanleihen im Venedig des 13. Jh., die Gründung der ersten Zentralbank 1694 in England oder das Fiat-Money, das Geld ohne Wertanker (wie Gold) vor dem Ersten Weltkrieg. Im dritten Teil beschreibt der Autor die Reformmöglichkeiten. Er hält die

Probleme von über 300 Jahren Geld-Ungerechtigkeit für zu gross für eine einzige Lösung und plädiert neben der Vollgeld-Reform für eine grossflächige Verbreiterung des Geldbewusstseins. Nur wer die Mechanismen des Geldes versteht, kann Lüge und Wahrheit unterscheiden, sich selber vor den Folgen der Krise schützen und sich für die dringend notwendigen politischen Veränderungen einsetzen. «Das nächste Geld» liefert dazu die Grundlagen.

«Christoph Pfluger ist wohl eines der besten Bücher zum Thema <Geld> gelungen. Wer es liest, versteht, was Sache ist.» (Geld-Magazin, 2/16)

Impressum:

Christoph Pfluger: Text

ron&joe: Illustrationen

Creative Commons: Das Werk darf unverändert und unter Quellenangabe weiter verbreitet werden.

Juli 2016

Edition Zeitpunkt, Werkhofstr. 19, 4500 Solothurn.

edition.zeitpunkt.ch